

25.04.2023

Antrag

der Fraktion der SPD

Gefahren für den Rechtsstaat und die innere Sicherheit ernst nehmen - Die Landesregierung muss die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität intensivieren.

I. Ausgangslage

Die Organisierte Kriminalität (OK) stellt eine wachsende Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen dar. Die Bekämpfung dieser Gefahr muss deshalb noch weitaus stärker in den Fokus rücken, als dies bisher der Fall war.

Nach dem aktuellen Lagebild Organisierte Kriminalität des Landeskriminalamts wurde im Jahr 2021 in 90 Strafverfahren in Nordrhein-Westfalen gegen 1.467 Tatverdächtige aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität ermittelt. In 48 Verfahren zur Organisierten Kriminalität ermöglichten die Ermittlungsergebnisse dabei die Berechnung des sog. Tatertrags, also des Wertes der durch Straftaten finanziell und materiell erlangten Vermögensvorteile. Dieser betrug allein in diesen Fällen 71,2 Millionen Euro. Zur Berechnung des wirtschaftlichen Schadens lagen laut Lagebild zu neun Verfahren aus der Organisierten Kriminalität Angaben vor. Er lag im Jahr 2021 bei rund 1,021 Milliarden Euro (zum Vergleich: Rund 291 Millionen Euro im Jahr 2020).

Unberücksichtigt bleibt dabei, dass ein großer Teil der Organisierten Kriminalität im Verborgenen stattfindet. Ungleich höher sind deshalb Aktivitäten und Schäden zu beziffern, die im Dunkelfeld der Organisierten Kriminalität stattfinden. Kriminalisten gehen davon aus, dass es sich bei den bekanntgewordenen Fällen in der Kriminalstatistik lediglich um die „Spitze des Eisbergs“ handelt. Das dahinter stehende Dunkelfeld ist riesig und es ist davon auszugehen, dass Banden aus der Organisierten Kriminalität auch bei uns in großem Umfang eine Parallelwirtschaft geschaffen haben.

Die Gefahren, die von Organisierten Verbrecherbanden ausgehen, sind vielfältig und betreffen die gesamte Gesellschaft. Laut des aktuell verfügbaren Lagebilds des Landeskriminalamts für das Jahr 2021 kommt über die Hälfte der Verfahren zur Organisierten Kriminalität aus dem Bereich des Rauschgifthandels und -schmuggels. Im Vergleich zum Vorjahr ist - vor dem Hintergrund eines sprunghaften Anstiegs von Drogenkriminalität und Drogentoten in Nordrhein-Westfalen - der Anteil der OK-Verfahren in diesem Kriminalitätsbereich um elf Prozent gestiegen. Neben dem Rauschgifthandel und -schmuggel betätigen sich Gruppierungen aus der Organisierten Kriminalität aber auch in den Deliktsbereichen Geldwäsche, Glücksspiel, Menschenhandel und Schleusung von Migranten, Waffenhandel, Einbruch, Diebstahl und Verschiebung von Kraftfahrzeugen und anderen hochwertigen Waren, Produktfälschung und

Datum des Originals: 25.04.2023/Ausgegeben: 25.04.2023

Umweltkriminalität. Gerade auch die Nutzung neuer Technologien, kryptierter Kommunikation und des Internets bietet dabei organisiert handelnden Kriminellen mittlerweile eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Tatbegehung. Ihre Verfolgung wird erschwert, wenn die bisherigen Verfolgungsstrategien und die zur Verfügung stehende personelle und materielle Ausstattung der Polizei nicht an diese Entwicklung angepasst werden.

Dabei besteht die Gefahr, dass Organisierte Kriminalität unsere Gesellschaft infiltrieren und den Rechtsstaat und seine demokratischen Institutionen unmittelbar bedrohen kann, wenn man sich ihr nicht konsequent entgegenstellt. Die Tätergruppen arbeiten zunehmend international und vernetzen sich untereinander. Die entsprechenden Kooperationen und Konkurrenzen der Gruppierungen aus der Organisierten Kriminalität führen dabei zu Streitigkeiten und Auseinandersetzungen, die auch in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Analysen im Rahmen von Ermittlungen zeigen, dass die Täter vermehrt auf eine Schutzbewaffnung setzen. Sie schrecken vor schwerer und auch tödlicher Gewalt nicht zurück. In 51 Prozent der OK-Verfahren in Nordrhein-Westfalen kam es laut Lagebild des Landeskriminalamts durch Angehörige der kriminellen Organisationen zur Anwendung von Gewalt und zu Einschüchterungshandlungen gegenüber Mittätern und Konkurrenten sowie auch gegenüber Opfern und Zeugen. Das stellt die Sicherheitsbehörden zunehmend vor Herausforderungen. Die aktuellen geopolitischen Konfliktlagen werden zudem nach Bewertung der Sicherheitsbehörden in der Zukunft zu einem weiteren Erstarren der Organisierten Kriminalität mangels staatlicher Intervention in den Krisenländern führen.

Wohin es führen kann, wenn der Staat und seine Sicherheitsbehörden hier nicht rechtzeitig ein deutliches Stoppsignal setzen, zeigt die besorgniserregende Entwicklung in den Niederlanden und in Belgien. In beiden Ländern gehen Gruppierungen aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität mit immer größerer Brutalität und mit spektakulären Drohungen vor. Polizisten, Richter und Staatsanwälte werden eingeschüchtert, einige Journalisten und Strafverteidiger müssen unter Polizeischutz arbeiten. Ein Anwalt eines Kronzeugen in den Niederlanden wurde 2019 auf offener Straße erschossen, der prominente Investigativ-Journalist Peter R. de Vries im Jahr 2021 ermordet. Unbeteiligte Menschen gerieten ins Kreuzfeuer von Banden und sogar Ministerpräsident Mark Rutte ist ins Visier der dortigen Drogenmafia geraten. In Belgien ist im vergangenen Jahr eine offenkundig geplante Entführung des Justizministers Vincent Van Quickenborne nur knapp gescheitert.

Zwar ist die Entwicklung in Deutschland und Nordrhein-Westfalen noch nicht mit der in den Niederlanden oder in Belgien vergleichbar. Aber auch hier breiten sich Strukturen der Organisierten Kriminalität weiter aus und die Gefahren durch entsprechende Gruppierungen sind auch bei uns evident. In Nordrhein-Westfalen gibt es zwar zahlreiche Maßnahmen zur Bekämpfung der Clan-Kriminalität - darüber hinaus erweckt die Landesregierung jedoch allzu oft den Eindruck, dass die Bekämpfung anderer brandgefährlicher Bereiche der Organisierten Kriminalität für sie nicht in dem eigentlich erforderlichen Maß im Fokus steht. So nutzt die italienische Mafia Deutschland und auch Nordrhein-Westfalen nach wie vor als Rückzugsraum und Investitionsgebiet. Laut LKA-Lagebild spielen hier Gastronomiebetriebe sowohl als logistische Stützpunkte als auch als Investitionsobjekte weiterhin eine zentrale Rolle. Hintergrunddelikte sind jedoch Aktivitäten in den Bereichen Rauschgifthandel und -schmuggel, Kfz-Delikte sowie Fälschungs- und Wirtschaftskriminalität. Ebenfalls in Nordrhein-Westfalen aktiv sind Gruppierungen, die den Drogenkartellen der westlichen Balkanländer angehören. Sie gehören laut Landeskriminalamt inzwischen zu den mächtigsten OK-Gruppierungen in Europa und dominieren den gewerbsmäßigen Handel mit Kokain und Marihuana. Weitere als besonders gewaltaffin geltende OK-Gruppierungen stammen aus der Rockerszene sowie aus dem Umfeld der tschetschenischen und der nigerianischen Mafia.

Ermittlungsverfahren im Bereich der Organisierten Kriminalität sind meistens sehr komplex und binden somit in großem Umfang personelle und technische Ressourcen. Eine wesentliche Voraussetzung zur wirksamen Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ist deshalb insbesondere der Einsatz von hinreichend qualifizierten Polizeikräften, die spezifisch für diese oftmals anspruchsvolle Aufgabe geschult sind. Die entsprechenden personellen Ressourcen für eine umfassende und nachhaltige Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in Nordrhein-Westfalen reichen jedoch nach wie vor nicht aus. Das hat zur Folge, dass oftmals nur noch die bekannt gewordenen Fälle abgearbeitet werden können. Die im OK-Bereich dringend erforderlichen weitergehenden Ermittlungen zur Ausleuchtung des hohen Dunkelfeldes können immer weniger durchgeführt werden. Polizeiliche Ermittler weisen darauf hin, dass die Personalnot aktuell insbesondere im Zusammenhang mit der Auswertung der sehr großen Datenmengen bei den EncroChat-Ermittlungen sichtbar wird. Im Jahr 2020 hatten Polizeibehörden aus Frankreich und den Niederlanden in Kooperation mit Europol und Eurojust den zur Abwicklung illegaler Geschäfte aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität in großem Umfang genutzten verschlüsselten Messenger-Dienst EncroChat gehackt. Die auch an deutsche Strafverfolgungsbehörden weitergegebenen Daten müssen von diesen ausgewertet werden, damit Ermittlungsverfahren eingeleitet werden können. Alleine bis Ende 2021 wurden dadurch in Nordrhein-Westfalen 942 Strafverfahren eingeleitet. Dieser Erfolg hat aber auf der anderen Seite zur Folge, dass die mit den Verfahren verbundenen Datenauswertungen derzeit bei den polizeilichen Ermittlern sehr viel Personal binden und dass deshalb in anderen Bereichen der Organisierten Kriminalität nicht hinreichend ermittelt und kontrolliert werden kann.

Bei der Justiz zeigt sich ein ähnliches Bild: Zwar wurde im September 2020 mit der Einrichtung der Zentral- und Ansprechstelle zur Bekämpfung Organisierter Straftaten ZeOS NRW und der Schwerpunktstaatsanwaltschaften ein Schritt in die richtige Richtung zur nachhaltigeren Bekämpfung der Organisierten Kriminalität eingeleitet. Dennoch ist auch in diesem Bereich eine weitere personelle Aufstockung unabdingbar, um die aufwändigen und zumeist komplexen Strafverfahren im Bereich der Organisierten Kriminalität erfolgreich durchführen zu können.

Erschwerend kommt in diesem Zusammenhang hinzu, dass es aktuell keinen wirklich umfassenden Überblick über das tatsächliche Ausmaß der Organisierten Kriminalität in Nordrhein-Westfalen gibt. Zwar ist das bereits erwähnte Lagebild Organisierte Kriminalität des Landeskriminalamts sicherlich ein sinnvoller Anhaltspunkt, es beleuchtet aber das tatsächliche Geschehen im Bereich der Organisierten Kriminalität nach Einschätzung zahlreicher Experten aus dem Bereich der Sicherheitsbehörden nur ausschnittsweise und bei weitem nicht vollständig. Bereits in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Lage von Polizei und Innerer Sicherheit in Nordrhein-Westfalen in der 17. Wahlperiode vom 02.12.2020 (Drucksache 17/12015) musste auch die Landesregierung einräumen, dass valide Forschungsergebnisse zum Umfang von Organisierter Kriminalität nicht vorliegen, aber auf ein großes Dunkelfeld zu schließen sei. Eine erfolgreiche Strategie zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität kann aber nur gelingen, wenn möglichst umfassende Kenntnisse darüber vorliegen, wo man diesbezüglich ansetzen muss. Eine Ergänzung des Lagebilds um weitere Daten und Fakten - insbesondere im Hinblick auf Untersuchungen des Dunkelfelds - ist deshalb auch für den Bereich der Organisierten Kriminalität erforderlich. Wir brauchen auch hier einen wirklichen Sicherheitsbericht.

Von der Organisierten Kriminalität geht ein hohes Schadens- und Bedrohungspotenzial für die Gesellschaft sowie für unsere Institutionen in Wirtschaft und Staat aus. Die Politik ist deshalb aufgefordert, den Kampf gegen die Organisierte Kriminalität mit aller Entschiedenheit aufzunehmen und sowohl Polizei als auch Justiz diesbezüglich auszustatten und hinreichend zu wappnen.

II. Der Landtag stellt fest:

- Organisierte Kriminalität ist eine große Gefahr für die innere Sicherheit sowie für unseren Rechtsstaat und seine Institutionen. Deshalb müssen Strukturen der Organisierten Kriminalität frühzeitig und mit aller Konsequenz bekämpft und zerschlagen werden.
- Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor Rückzugsraum und auch Tatort für Organisierte Kriminalität. Es ist deshalb alles Erforderliche einzuleiten, damit sich die Organisierte Kriminalität in unserem Land nicht weiter verfestigt, sondern zurückgedrängt wird.
- Die nordrhein-westfälische Polizei und die Justiz müssen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität bestmöglich ausgestattet werden. Auch wenn zum Beispiel mit der Einrichtung der ZeOS NRW und der Schwerpunktstaatsanwaltschaften ein Schritt in die richtige Richtung zur nachhaltigeren Bekämpfung der Organisierten Kriminalität eingeleitet wurde, sind sowohl Polizei als auch Justiz derzeit nicht optimal aufgestellt, um das Problem in vollem Umfang angehen zu können.
- Organisierte Kriminalität agiert über Ländergrenzen hinweg. Ein wesentlicher Baustein für die Strafverfolgung der Organisierten Kriminalität ist deshalb die internationale Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden. Ebenso wichtig ist die Zusammenarbeit dieser Organe mit der Wirtschaft und Wissenschaft.
- Es herrscht noch immer ein beträchtliches Maß an Ungewissheit über das Ausmaß und die Strukturen der Organisierten Kriminalität in Nordrhein-Westfalen. Das Dunkelfeld ist sehr groß. Was wir bei den bekanntgewordenen Fällen in der Kriminalstatistik sehen, ist lediglich die Spitze des Eisbergs.

III. Die Landesregierung wird aufgefordert:

- für die nordrhein-westfälische Polizei ein Personalentwicklungskonzept aufzustellen, um die personellen Ressourcen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität innerhalb von fünf Jahren nachhaltig zu erhöhen. Die Sockelstellen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität sind aufzustocken, damit die Ermittler die Möglichkeit haben, umfassender gegen sämtliche Bereiche der Organisierten Kriminalität vorzugehen und das hohe Dunkelfeld in diesem Bereich aufzuhellen. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf die weitere personelle Aufstockung mit IT-Spezialisten zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität im Cyberraum.
- einen entsprechenden Personalaufwuchs bei der Steuerfahndung in die Wege zu leiten, um auch auf dieser Ebene eine nachhaltige Bekämpfung der Organisierten Kriminalität sicherzustellen.
- die entsprechende personelle Ausstattung in der Justiz insbesondere bei der ZeOS NRW und den Schwerpunktstaatsanwaltschaften sowie den Landgerichten weiter aufzustocken, damit die oftmals komplexen Verfahren zügig und ohne Beeinträchtigungen durchgeführt werden können. Auch hier ist ein Personalentwicklungskonzept aufzustellen.
- die Aus- und Fortbildung in den Sicherheitsbehörden im Hinblick auf die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität nachhaltig auszubauen und hierfür ein Konzept vorzulegen.

- die Zusammenarbeit der nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden mit den entsprechenden Strafverfolgungsbehörden im Ausland - insbesondere in den Niederlanden und in Belgien aber auch mit den entsprechenden Behörden in Italien und in den Ländern des Balkans - weiter zu intensivieren und deutlich auszubauen.
- das Lagebild Organisierte Kriminalität um weitere relevante Daten und Fakten zu ergänzen, damit einen umfassenderer und vollständigerer Überblick über die Entwicklungen in diesem Kriminalitätsbereich erlangt werden kann. Insbesondere muss zeitnah eine Studie zur Erhellung des Dunkelfelds bei der Organisierten Kriminalität erstellt werden, damit aus den gewonnenen Erkenntnissen die richtigen strategischen Schlussfolgerungen zur Bekämpfung dieses Kriminalitätsphänomens gezogen werden können.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Elisabeth Müller-Witt
Christina Kampmann
Sonja Bongers

und Fraktion